

22./V. 1915

Der Städtetag und die Brot- und Mehlbeschaffung.

Stellungnahme gegen den Landwirtschaftsrat.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat in seiner Sitzung am gestrigen Freitag folgenden Beschluß gefaßt:

„Die vom Deutschen Landwirtschaftsrat vorgeschlagene Neuorganisation der Brot- und Mehlbeschaffung für das deutsche Volk ist unannehmbar, weil sie das Schwergewicht aller Entscheidungen in die Getreide erzeugenden Kommunalverbände und in eine völlig unter landwirtschaftlicher Leitung stehende „Zentralausgleichsstelle“ legt. Wenn dieser Zentralausgleichsstelle die Funktionen der Reichsverteilungsstelle, besonders die Zurechnung der Brotportion und sogar Funktionen des Bundesrates, nämlich die Festsetzung des Ausmahlensverhältnisses beim Getreide, zugedacht werden, wenn weiter die Kriegsgetreidegesellschaft beseitigt werden soll, so wird verkannt, daß die Sicherstellung der notwendigen Nahrungsmittel eine gemeinsame Angelegenheit des deutschen Volkes ist. Die deutschen Städte, die in opferwilligster Weise bei der Gründung der Kriegsgetreidegesellschaft mitgewirkt haben, müssen die Aufrechterhaltung des Grundgedankens verlangen, wonach Konsumenten und Produzenten in gerechter und gleicher Weise bedacht werden. Dazu ist erstens erforderlich, daß die Städte und die Konsumenten bei der Organisation der städtischen Brotversorgung einen Maß und Richtung gebenden Einfluß behalten und nicht von den landwirtschaftlichen Interessenten beiseite geschoben werden. Dazu ist zweitens erforderlich, daß die Konsumenten nicht durch Einführung des sogenannten Landlieferungsgrundsatzes (Lieferung des Getreides durch die erzeugenden Kommunalverbände selbst) von der Auswahl des Kaufgegenstandes ausgeschlossen und auf die Vermittlung der die Produzenten vertretenden Verbände verwiesen werden. Nur wenn an diesen beiden Grundgedanken festgehalten wird, dürfen die Städte hoffen, in Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Arbeit auch während des nächsten Erntejahres die Brotversorgung ihrer Einwohner ihrerseits durchführen zu können.“

Die Ausmahlung der Getreidevorräte.

Entgegen anders lautender Mitteilung in der Presse erhalten wir von dem Reichskommissar für Brotversorgung, Unterstaatssekretär Michaelis, die Mitteilung, daß die Kriegsgetreidegesellschaft im Einverständnis mit ihm willens ist, mit der Ausmahlung von Getreide so schnell wie möglich fortzufahren, um die Mele den Viehbesitzern tunlichst bald verfügbar zu machen. Es muß aber im Auge behalten werden, daß die Mehlabstände zurzeit schon recht groß sind, und daß die Nachrichten der Revisoren der Mehlabstände über deren Haltbarkeit zu großer Vorsicht mahnen. Die erste Forderung muß bleiben, der Bevölkerung bis zum Schluß des Erntejahres gesundes Mehl zu erhalten.